



INSIDER

AUSGABE 29 · 23. OKTOBER 2015

WIR BRAUCHEN EINE BREITERE DEBATTE ÜBER DATENPOLITIK



Von Lars Klingbeil, MdB, netzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Der Bundestag hat in der vergangenen Woche die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung beschlossen. Damit endet für den Moment eine jahrelange Auseinandersetzung um dieses Thema. Zwar umfasst die neue Regelung deutlich kürzere Speicherfristen und höhere Auflagen als die ursprüngliche Vorratsdatenspeicherung – doch die grundsätzliche Kritik bleibt bestehen. Es ist der Einstieg in eine anlasslose und flächendeckende Datenspeicherung die vielen – auch mir persönlich ein zu weitgehender staatlicher Eingriff in die Grundrechte ist.

Die Vorratsdatenspeicherung ist aber nur ein Teil der derzeitigen Diskussion um die Speicherung und Verwendung von Daten. Mit dem Urteil des EUGH, der das Datenabkommen Safe Harbor zwischen

der EU und der USA praktisch für ungültig erklärt hat gibt es einen weiteren aktuellen Aufhänger in der Debatte. All das sollte dazu führen, dass wir grundsätzlicher über Datenpolitik diskutieren. Welche Daten müssen besonders geschützt werden? Wie gelingt es Datenschutz und Innovationen in Einklang zu bringen?

Big Data, also die strukturelle Auswertung und Verwertung riesiger Datenmengen ist in vielen Bereich längst das Thema der Stunde. Das ist keine Bedrohung, sondern eine riesige Chance wenn wir die Rahmenbedingungen richtig setzen. Die Innovationen in diesem Bereich werden stattfinden und die Nutzer werden ihre Daten immer zur Verfügung stellen, wenn sie dafür attraktive Produkte und Anwendungen nutzen können. Aufgabe der Politik ist es auch dafür zu sorgen, dass diese Innovationen in Deutschland und Europa stattfinden können.

Wir brauchen hier dringend einen Neustart in der Debatte. Wir brauchen europaweit geltende Regeln – auch für internationale Unternehmen, die hier aktiv sind. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel hin zu mehr Datensouveränität der Nutzer. Es muss darum gehen den Datenschutz so auszurichten, dass der Nutzer Herr seiner Daten bleibt. Das gelingt durch Transparenz, nutzerfreundliche Widerspruchsrechte aber auch eine konsequente Anonymisierung von personenbezogenen Daten in der Datenverarbeitung. Ich hoffe, dass diese Fragen nun stärker in den Mittelpunkt zu rücken.

MEHR STECKDOSEN FÜR E-AUTOS AN AUTOBAHNEN

Der Bau von Ladestationen für Elektroautos an Autobahnen wird vom Raststätten-Betreiber Tank & Rast ab November vorangetrieben. In Zusammenarbeit mit dem Energiekonzern RWE sollen innerhalb von fünf Monaten an 49 Raststätten in Deutschland Schnellladesäulen aufgebaut

werden. Damit wollen beide Unternehmen ihren Beitrag leisten um der Elektromobilität als neuer Antriebstechnologie zum Durchbruch zu verhelfen. Nach eigenen Angaben will Tank & Rast bis 2018 knapp 400 Standorte mit Schnellladesäulen ausstatten.

PUTIN SCHÄTZT DEUTSCHE INVESTOREN

»Der Höhepunkt der Krise« sei erreicht, sagte Putin auf einer Investorenkonferenz in Moskau Mitte Oktober. Der russische Präsident lobte deutsche Investoren, die in einer Zeit politischer und wirtschaftlicher Herausforderungen in Russland bei der Entwicklung der Beziehungen mit Russland »sehr ausgewogen und weise« vorgehen. Als Beispiel für gute Zusammenarbeit nannte er unter anderem die Pipeline Nord Stream. Im letzten Monat haben gleich zwei deutsche Unternehmen neue Werke in Russland in Betrieb genommen. Der deutsch-japanische Dreh- und Fräsmaschinen-Hersteller DMG Mori hat ein neues Fertigungs- und Montagewerk in Uljanowsk eröffnet. Das neue Werk wird

auf einer Fläche von 330.000 Quadratmetern jährlich rund 1.000 Werkzeugmaschinen herstellen. Der Landtechnikhersteller Claas hat rund 120 Millionen Euro in die zweite russische Fertigung in Krasnodar investiert. Das Produktionsvolumen soll damit auf bis zu 2.500 Mähdrescher und Traktoren pro Jahr steigen. Lothar Kriszun, Sprecher der Claas-Konzernleitung, sieht für deutsche Investoren und Zulieferer gute Chancen im landwirtschaftlichen Bereich, denn der Modernisierungsbedarf und die Nachfrage nach effizienten Technologien sind nach wie vor groß. Die schwierigen Finanzierungsmöglichkeiten und die volatilen Wechselkurse gehören laut dem Experten zu den größten Herausforderungen.

WIRTSCHAFT · MITTELSTAND · FINANZEN

NATIONALES HAFENKONZEPT FÜR DIE SEE- UND BINNENHÄFEN

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, SPD, fand auf der diesjährigen Nationalen Maritimen Konferenz deutliche Worte: »Es geht nicht um die Frage, Hamburg, Bremerhaven oder Wilhelmshaven. Es geht um die Frage, Deutsche Bucht oder Rotterdam.« Die deutsche Schifffahrt werde nach Aussage des Ministers international nur Bestand haben, wenn die deutschen Seehäfen zusammenarbeiten würden.

Bei der Konferenz sprachen Reeder, Logistiker und Schiffbauer über die zukünftige Entwicklung ihrer Branche. Auch Kanzlerin Angela Merkel, CDU, und Verkehrsminister Alexander Dobrindt, CSU, besuchten die Konferenz und versprachen gesetzliche Neuregelungen um die Branche wettbewerbsfähig zu halten: so solle die Förderung für Ausbildungsplätze erhöht und die Unternehmen bei der Sozialversicherung entlastet werden. Wer unter deutsche Flagge fahre, müsse künftig keine Lohnsteuer für die Beschäftigten mehr zahlen. Dafür sollen mehr als 100 Millionen Euro be-

reitgestellt werden. Weitere 350 Millionen Euro will die Bundesregierung in die Anbindung der Häfen investieren. Der Verband der Reeder begrüßte die Ankündigungen. Der niedersächsische Wirtschaftsminister Olaf Lies, SPD, bekräftigte die Forderung Sigmar Gabriels, dass die innerdeutschen Häfen besser kooperieren sollten: »Lasst uns endlich nicht nur sagen, dass wir besser zusammenarbeiten wollen, sondern inhaltlich daran arbeiten. Die beste Position haben wir miteinander – gegeneinander wird es schwierig.«

Alle Maßnahmen sollen den Reedern aus der Krise helfen, erstmals seit Beginn der Schifffahrtskrise gäbe es weniger als 7.000 deutsche Seeleute. Um Standort und Know-how zu sichern, sind die angekündigten Maßnahmen notwendig. Auch die Schiffbaubranche erwartet Unterstützung und wies darauf hin, dass sie jährlich mit lediglich 50 Millionen Euro gefördert würde, die Luft- und Raumfahrt jedoch mit 1,5 Milliarden Euro.

BDI: MIT TTIP JÄHRLICH 10 MRD. € ENTLASTUNG

Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Ulrich Grillo, sagte vor der elften Verhandlungsrunde über das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA: »Die Zölle im Handel zwischen den USA und der EU wirken

wie eine zusätzliche Steuer. Sie kosten Unternehmen und Verbraucher knapp zehn Milliarden Euro jährlich. Wenn diese Zölle wegfallen, profitieren Verbraucher wie Unternehmen und Belegschaften.« TTIP solle daher schnell beschlossen werden.

KOSTEN GESETZLICHER BÜROKRATIE SINKEN

Laut Jahresbericht des Nationalen Normenkontrollgremiums hatten Bürger und Wirtschaft in den vergangenen zwölf Monaten weniger Folgekosten aus gesetzlichen Maßnahmen. In der Gesamtrechnung sanken die Kosten um 685 Millionen Euro. »Der erstmalige Abwärtstrend der gesetzlichen Folgekosten in 2015 beweist, dass gezielte Maßnahmen zu Begrenzung und Abbau unnötiger Bürokratie tatsächlich Wirkung zeigen«, erklärte der Vorsitzende des Gremiums, Ex-Bahnchef Johannes Ludewig. Ludewig hofft, dass sich nun ein

Trend entwickelt, bei der die Kosten weiter senken würden. Ursächlich für die erstmalige Senkung seit Beginn der Folgekostenüberprüfung im Jahr 2006 sei die neu eingeführte »One in one out«-Regel. Wenn nun eine gesetzliche Regelung verabschiedet wird, deren Folgekosten eine Belastung darstellen, müsse an anderer Stelle eine gleichwertige Entlastung geschaffen werden. Ursächlich für die aktuelle Senkung sei das jüngste Bürokratieentlastungsgesetz und E-Government-Maßnahmen, obwohl auch da noch viel Sparpotential liege.

MIT LUFTHANSA NACH BERLIN

Die Deutsche Lufthansa plant vor der Eröffnung des Berliner Hauptstadtflughafens BER Berlin in ihr Langstreckennetz aufzu-

nehmen. Vorstandschef Carsten Spohr, sagte als Begründung, die Bedeutung der Hauptstadt nehme im Luftverkehr zu.

PERSONALIEN

SCHÜSSEL VORSITZENDER DES KAS KURATORIUMS

Der ehemalige österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, 70, ist zum neuen Vorsitzenden des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung gewählt worden. Er löst den ehemaligen deutschen Bundespräsidenten Roman Herzog ab.

DEUTSCHE BANK BAUT UM

Im Zuge der Umstrukturierungen durch den neuen Co-Vorsitzenden John Cryan verlässt Stephan Leitner die Deutsche Bank. Er war bislang Vorstand für die Bereiche Government & Regulatory Affairs, Personal, Compliance und Anti-Financial Crime. Karl von Rohr wird zukünftig für Corporate Governance und Personal zuständig sein, Sylvie Matherat für Regulierung, Compliance und Kampf gegen Finanzkriminalität.

Darüber hinaus wird Jörg Eigendorf, 47, zum 1. April 2016 die Position des Konzernsprechers und Generalbevollmächtigten der Deutschen Bank übernehmen. Er folgt auf Thorsten Strauß, der künftig das weltweite Engagement der Bank für Kultur-, Kunst- und Sport leiten wird.

SCHÖLER VORSITZENDER DER WILLY-BRANDT-STIFTUNG

Ulrich Schöler, 62, stellvertretender Direktor des Deutschen Bundestages ist vom Kuratorium der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung zum neuen Vorstandsvorsitzenden gewählt worden. Schöler folgt auf Karsten Brenner, der der Stiftung zehn Jahre vorsah.

AUS DEN BOTSCHAFTEN

EUB ZUR LUXEMBURGISCHEN RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Diskussionsveranstaltung der Europa-Union Berlin (EUB) und der luxemburgischen Botschaft zur luxemburgischen EU-Ratspräsidentschaft, unter anderem mit dem luxemburgischen Botschafter S.E. Georges Santer. Luxemburgische Botschaft, Klingelhöferstraße 7, Berlin, 3.11., 17.30 Uhr (Anmeldung erforderlich).

WORTE DER WOCHE

»Hier werden Deutschland und die Türkei noch enger zusammenarbeiten, denn es liegt in unserem gemeinsamen Interesse, dass wir hier auch zu friedlichen Lösungen kommen. [...] Die Türkei hat mehr als zwei Millionen Syrer und auch Flüchtlinge aus dem Irak aufgenommen, bisher aber nicht viel internationale Hilfe erhalten. Und deshalb werden wir uns finanziell stärker engagieren.«

Kanzlerin Merkel bei ihrem Besuch in der Türkei. Die EU braucht die Unterstützung der Türkei in der Flüchtlingskrise.

»Wer jetzt versucht, über den Beitritt der Türkei zur EU zu reden, verschwendet Zeit und Energie, die dringend zur Lösung realer Probleme gebraucht wird.«

EU-Parlamentarier Alexander Graf Lambsdorff, FDP, will der Türkei im Gegenzug für Hilfe in der Flüchtlingskrise keine Perspektive für einen EU-Beitritt eröffnen.

»Wir leiden darunter, dass Europa kaum mehr stabile Regierungen hat.«

EU-Kommissar Günther Oettinger.

»Wir stellen das Geschäftsmodell des Schienengüterverkehrs explizit auf den Prüfstand. Es wird auch so sein, dass im Zuge der Umstrukturierung Arbeitsplätze verloren gehen.«

Bahnchef Dr. Rüdiger Grube. Der Konzern steckt in massiven Schwierigkeiten.

»Franz sagte zu mir: »Um die WM zu bekommen, brauchen wir 13 Stimmen. Neun kriege ich aus Europa. Und die anderen vier werde ich uns mit harter Arbeit, viel Einsatz und großer Überzeugungskraft besorgen.« [...] Von möglichen Geldzahlungen war nie die Rede.«

Der ehemalige Sportmoderator Waldemar Hartmann weist inzwischen zurück, dass er mit seinen Äußerungen zum möglichen WM-Bestechungsskandal von 2006, implizieren wollte, dass Bestechungsgelder geflossen sind.

»Wir können nicht immer nur auf dem moralischen Sockel sitzen und alle Welt über Menschenrechtszustände belehren.«

Innenminister Thomas de Maizière über Gespräche zwischen Kanzlerin Merkel und dem türkischen Präsident Erdoğan.

»Wir haben alle Geschäftsbeziehungen in Sachen Fifa auf ihre Compliance hin überprüft und keinerlei Unregelmäßigkeiten entdeckt.«

Ein Adidas Sprecher diese Woche. Möglicherweise kamen Bestechungsgelder für Stimmenkäufe, um die Fußball WM 2006 nach Deutschland zu holen, von Robert Louis Dreyfus, ehemaliger Chef von Adidas.

TERMINE

26.10. STIFTUNG MARKTWIRTSCHAFT ZUR DIGITALISIERUNG DER MEDIENWIRTSCHAFT

Tagung zum Thema »Schöne neue digitale Medienwelt?! Information, Innovation, Expansion oder Manipulation, Stagnation, Erosion?« unter anderem mit dem EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, Günther Oettinger und dem Vorstandsvorsitzenden der Axel Springer SE, Dr. Mathias Döpfner. Reichstagsgebäude, Fraktionsebene, Platz der Republik 1, Berlin, 18.30 Uhr (Anmeldung erforderlich).

27.10. DEUTSCH-JAPANISCHES UMWELT- UND ENERGIEDIALOGFORUM

Tagung des Bundesumweltministeriums und der New Energy and Industrial Technology Development Organization Japan (NEDO) zum Thema »Intelligente Lösungen für Klimaschutz und Energiesysteme«, unter anderem mit der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Rita Schwarzelühr-Sutter und dem Executive Director der NEDO, Makoto Watanabe. Pressezentrum der Bundesregierung, Reichstagsufer 14, Berlin, 10 Uhr (bis 28.10., Anmeldung erforderlich).

29.10. DEUTSCH-CHINESISCHE WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN

Gesprächsveranstaltung, unter anderem mit der Präsidentin der Gesellschaft für deutsch-chinesischen kulturellen Austausch, Prof. Yu Zhang, dem chinesischen Gesandten Li Xiaosi und dem ehemaligen Vorsitzenden der deutsch-chinesischen Parlamentariergruppe, Johannes Pflug (SPD). Berlin Capital Club, Mohrenstraße 30, Berlin (kostenpflichtig).

KOMMENTAR

DREI GEDANKEN ZUM WOCHENENDE

Von Heino Wiese

Die Deutsche Bank, Siemens, die Commerzbank und nun Volkswagen: Wer in Amerika Geschäfte machen will, der muss ein ruhiges Gewissen haben. Die Amis finden immer etwas, wenn deutsche Konkurrenten zu groß und zu stark werden und dabei Schmu machen. Über hinreichend nachrichtendienstliche Mittel verfügen sie allemal. Deshalb sollte man als CEO darüber nachdenken, ob man sauber genug ist, um den amerikanischen Markt zu betreten. Man kann aber auch ins Visier der amerikanischen Moralwächter kommen, wenn man beispielsweise politisch unkorrekt eine Fußball-Weltmeisterschaft an Russland vergibt und dabei nicht alles sauber zugeht. Dabei macht der lange Arm der amerikanischen Justiz auch den Schritt über den Atlantik und macht selbst vor unserem Kaiser nicht halt! Mit einem Freihandelsabkommen eröffnen wir übrigens weitere Zugriffsmöglichkeiten für diese weltübergreifende Ordnungsmacht.

Der Wechsel von Winterkorn auf den neuen VW-Chef Müller hat schon einmal einen rasanten Kulturumbruch geschafft. In Leitungsgremien, wie der weltweiten Führungskräftekonferenz in der vorletzten Woche, durfte auf Schlips und Sakko verzichtet und gelegentlich sogar gelacht werden. Außerdem durfte angstfrei diskutiert werden: undenkbar in der Winterkorn-Ära. Das lässt auf neue Ideen bei Volkswagen hoffen und dass die tiefe Vertrauensdelle, die der offensichtliche Betrug verursacht hat, bald wieder ausgebeult werden kann.

Russland hat beschlossen, den Kampf gegen den IS in Syrien aufzunehmen und den Bürgerkrieg ein für alle Mal zu beenden. Das würde auch uns helfen, denn die Masse der Menschen aus Syrien flieht vor andauerndem Krieg und Hunger nach einem jahrelangen aussichtslosen Krieg. Die Angebote Russlands an Amerika, die Angriffsziele vorher abzusprechen und zu koordinieren, wurden von den USA abgelehnt, ebenso wurde das Angebot Medwedews nach Washington zu kommen, um über die Befriedung des gesamten Nahen Osten zu sprechen und einen abschließenden Friedensplan zu erstellen abgelehnt und Medwedew eingeladen. Übrigens befinden sich die russischen Streitkräfte in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht in Syrien, während die amerikanischen Bomber völkerrechtswidrig im Einsatz sind, wie schon im Irak und in Libyen. Aber dafür gibt es wohl einen übergeordneten moralischen Auftrag, der nur für die Vereinigten Staaten gilt. »God bless Amerika«!

BUNTES AUS BERLIN

JAZZFEST BERLIN

Bereits zum 51. Mal findet nun in Berlin das JazzFest statt. Es zählt zu den wichtigsten zeitgenössischen Veranstaltungen des Jazz. Das Festivalprogramm für 2015 präsentiert KünstlerInnen aus unterschiedlichen Generationen und 30 Nationen, die eines miteinander verbindet: Sie alle sind künstlerisch permanent in Bewegung. Sie zeigen, dass der Jazz im Grunde kein Stil ist, und auch keine Abfolge verschiedener Stile, sondern eher eine innere Einstellung – ein »spirit«. Auftreten werden unter anderem Charles Lloyd, Keith Tippett und Louis Moholo-Moholo. 5. bis 8.11., unter anderem im Haus der Berliner Festspiele.

Gugl-Hupf 

E-GOVERNMENT-NUTZUNG KOMMT NUR SCHLEPPEND VORAN

Der Internetverband BITKOM hat Daten der europäischen Statistikbehörde Eurostat ausgewertet und kommt zu dem Schluss, dass die Nutzung von E-Government Angeboten in Deutschland nur langsam vorankommt. 2014 hatten nur 53 Prozent der Bundesbürger Kontakt zu Behörden mithilfe des Internets gesucht, um zum Beispiel Auskünfte einzuholen oder Formulare herunterzuladen. Damit gab es im Vergleich zu 2013 nur einen leichten Anstieg um vier Prozent. Von allen EU-Mitgliedsstaaten liegt Deutschland auf dem 11. Platz und damit im Mittelfeld. Spitzenreiter ist Dänemark, dort nutzen 84 Prozent der Bürger E-Government-Angebote, gefolgt von Schweden (81 Prozent) und Finnland (80 Prozent). Via Internet könnten Behördengänge jedoch laut Dr. Bernhard Rohleder, Hauptgeschäftsführer von Bitkom, deutlich verkürzt werden. Er attestiert: »Hier verschenken sowohl Bürger als auch Verwaltungen wertvolle Möglichkeiten.« Ursächlich für die schlechten Nutzungszahlen in Deutschland sei Informationsmangel. So wäre vielen Bürger unbekannt, dass online Termine vereinbart oder Formulare zugeschickt werden könnten.

IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
UST-IdNr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Jenny Bogitzky
Telefon 030.810588818
Auflage: 2.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. – Versand- u. Büro-
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin
Satz, Layout: Jenny Bogitzky, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de